

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 12. August 1960

Nummer 33

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Brennstoff- und Energieversorgung im mitteldeutschen Siebenjahrplan

Der mitteldeutsche Siebenjahrplan für die Jahre 1959 bis 1965 — wie alle langfristigen Pläne mehr eine allgemeine Perspektive als ein in allen Einzelheiten auf genauen technischen Unterlagen basierender Plan — behandelt auch die Entwicklung der Energieversorgung nur skizzenhaft. Die Angaben im Plan selbst und die Ausführungen in den einschlägigen Zeitschriften lassen jedoch die Auswirkungen der Schwenkung in der Energiepolitik zu verstärktem Erdölimport auf Umfang und Struktur des Energieangebots recht gut erkennen.

Ursache dieser Schwenkung ist zweifellos die Nichtdurchführbarkeit der früheren Pläne zur Ausweitung der Braunkohlenförderung, die sich in den letzten Jahren herausgestellt hat. Der zweite Fünfjahrplan, der im Jahre 1959 fallen gelassen und durch einen Siebenjahrplan ersetzt wurde, hatte z. B. für die Jahre von 1955 bis 1960 eine Fördersteigerung von 200 Mill. t auf 260 Mill. t gefordert. Dabei war für das Jahr 1958 eine Förderung von 235 Mill. t vorgesehen, tatsächlich wurde aber nur eine Förderleistung von 215 Mill. t erreicht. Die Förderleistung für 1965 wurde danach im neuen Siebenjahrplan mit 278 Mill. t angesetzt und liegt damit beträchtlich unter der als Perspektive für einen dritten Fünfjahrplan für das Jahr 1965 früher genannten Zahl von 310 Mill. t. Daß die ursprünglichen Pläne nicht erfüllt und die Planziele herabgesetzt wurden, hängt zweifellos mit wachsenden Bergbauschwierigkeiten zusammen. Im westelbischen Revier werden in den nächsten sieben Jahren zehn größere Tagebaue mit zur Zeit 38,6 Mill. t jährlicher Förderung ausgekohlt sein, dagegen werden in den Lausitzer Revieren 14 neue Tagebaue mit 118 Mill. t jährlicher Förderung in Angriff genommen werden, die bis 1965 eine Fördermenge bis zu 85 vH ihrer endgültigen Kapazität erreichen sollen. Damit verlagert sich das Schwer-

gewicht der Förderung auf die ostelbischen Reviere. Wegen der dortigen höheren Deckgebirge wird bereits für die im Siebenjahrplan vorgesehene verhältnismäßig geringe Mehrförderung eine gegenüber den bisherigen Abbauverhältnissen um mehr als 70 vH höhere Abraumbewegung erforderlich; hierdurch werden sich in absehbarer Zeit auch die Förderkosten beträchtlich erhöhen.

Die Ansätze für die Kohlenförderung in den aufgegebenen Plänen waren bereits mit einem umfassenden Programm für eine Energieveredelung zur bestmöglichen Erhöhung des Wirkungsgrades verbunden. Hierzu gehörte die sorgfältige Erfassung der in den einzelnen Abbaugebieten anfallenden Kohlequalitäten mit dem Ziele einer ausschließlichen Verwendung in der jeweils am besten geeigneten Form. Die zum Verkoken und Verschwelen geeignete Normalkohle und insbesondere die guten asche- und schwefelfreien Sorten des Lausitzer Reviers z. B. sollten ausschließlich dieser Verwendung vorbehalten bleiben, neue Kraftwerke sowie Gaswerke mit Druckvergasung dagegen vorwiegend die aschereichen und salzhaltigen Kohlensorten verarbeiten. Die Haushaltsversorgung sollte verstärkt auf Strom und Gas umgestellt werden, um anfallende Briketts für die Verwendung in den Veredelungswerken frei zu stellen. Wie das Projekt der „Schwarzen Pumpe“ zeigt, sollte innerhalb dieser Konzeption auch der Ausstoß von flüssigen Treibstoffen sowie Heiz- und Schmierölen erheblich gesteigert werden.

Wenn im Siebenjahrplan jetzt neben Angaben zur Kohleförderung zwar die Ausweitung der Strom- und Gaserzeugung und -versorgung ausführlicher behandelt, zur Erweiterung der Treibstoffproduktion aber nur die Gewichtsverlagerung auf die Verarbeitung von importiertem Roh-

öl betont wird und Angaben über das Verschwelen und Verkoken von Braunkohle völlig fehlen, kann mit einiger Sicherheit vermutet werden, daß diese Verarbeitungswege wegen ihres hohen Selbstverbrauchs nicht weiter ausgedehnt, im Gegenteil vielleicht sogar eingeschränkt werden sollen. Nur so erscheint eine drohende „Energierücklage“ vermeidbar, da das entstehende Defizit an selbst-erzeugter Primärenergie aus verschiedenen Gründen durch eine weitere Erhöhung der Steinkohle- und Erdölimporte nicht gedeckt werden kann. Der Ausfall der Braunkohlenförderung gegenüber den ursprünglichen Plänen würde im Jahre 1965 32 Mill. t = 13 Mill. t Steinkohleneinheiten betragen, dagegen sollen die Erdölimporte nur um 4,17 Mill. t = knapp 6 Mill. t Steinkohleneinheiten erhöht werden. Auch Pläne zur Verwendung von Atomenergie scheinen sich nicht so schnell realisieren zu lassen, wie vielleicht früher vermutet wurde.

Für eine an frühere Berechnungen<sup>1)</sup> anschließende überschlägige Aufstellung zur Energieversorgung im Jahre 1965 bereitet hauptsächlich die Berechnung und Schätzung des Selbstverbrauchs im Bergbau gewisse Schwierigkeiten. Hier stehen sich Einsparungen durch rationellere Gewinnungsmethoden und höherer Aufwand für die zu erwartende größere Abraumbewegung gegenüber. Der Selbstverbrauch für die Brikettherstellung — nur 17 vH Zunahme—, für Verkoken und Verschwelung ist wenigstens zum Teil genauer zu errechnen, wenn auch die Daten für die erwartete Produktionsausdehnung unvollständig sind und zum Teil nur indirekt ermittelt werden können. Gemessen an der Gesamtförderung dürften sich beim Selbstverbrauch eine gewisse Erhöhung im Bergbau und Einsparungen bei der Weiterverarbeitung etwa ausgleichen.

Recht beträchtlich ist jedoch der Rückgang des Selbstverbrauchs bei der Erzeugung von Elektroenergie. Die Produktion von elektrischem Strom soll — öffentliche und Industriekraftwerke zusammengekommen — von 34,9 Mrd. kWh auf 63,3 Mrd. kWh erhöht werden, also um über 80 vH steigen. Durch Errichtung neuer Kraftwerke und die Inbetriebnahme weiterer Turboaggregate in bestehenden Werken soll sich die installierte Leistung um 6500 MW erhöhen, also gegenüber der Ende 1958 installierten Leistung von 6770 MW nahezu verdoppeln. Von der Gesamterhöhung entfallen Anlagen mit einer Leistung von 900 MW auf Werke, die im Interesse einer regelmäßigeren Versorgung zur Deckung des Spitzenbedarfs in den Hauptbelastungsstunden dienen sollen. Hierzu gehören die drei Pumpspeicherwerke Hohenwartha, Niederwartha und Amalienhöhe, ferner sollen Gasturbinenanlagen auf Heizölbasis und Dieselaggregate aufgestellt werden. Die Belastung der 1965 vorhandenen Werke — in Jahresbenutzungsstunden — vermindert sich also nur insoweit, als das Verhältnis von installierter zu ausnutzbarer Leistung verbessert werden kann.

Die neu erbauten Anlagen werden aber einen wesentlich niedrigeren spezifischen Wärmeverbrauch aufweisen als die bisher vorhandenen. Der

Haupttyp der aufzustellenden 100 MW Turbinenaggregate ist auf einen spezifischen Wärmeverbrauch von 2476 Kcal/kWh berechnet gegenüber einem Durchschnittsverbrauch im Jahre 1958 von noch 4553 Kcal/kWh und 5143 im Jahre 1955. Nach auf diesen Angaben basierenden Berechnungen westdeutscher Fachleute<sup>2)</sup> wird eine Senkung des spezifischen Wärmeverbrauchs auf im Durchschnitt 2880 Kcal/kWh (der Verbrauch im westdeutschen Braunkohlenrevier wird für 1965 auf 2620 Kcal/kWh geschätzt) bis zum Jahre 1965 für möglich gehalten, so daß je erzeugte kWh also etwa 37 vH weniger an Kohle verbraucht werden würde als im Jahre 1958.

Neben der Stromgewinnung hat die Gasversorgung mit einer Erzeugung von 3,07 Mrd. cbm an Energiewert ein sehr viel geringeres Gewicht (etwa 9 vH der Stromerzeugung), das sich auch durch die geplante Erhöhung der Produktion auf 5,8 Mrd. cbm kaum verändern wird. Durch Einführung der Sauerstoffdruckvergasung wird jedoch insbesondere in dem neuen Kombinat „Schwarze Pumpe“, das für etwa 2 Mrd. cbm Ferngas ab 1963 projektiert wurde, ein hochwertigeres Gas als bisher gewonnen. Durch Mischung mit beim Hochofenprozeß gewonnenen Gas ist die Lieferung von Ferngas von Stadtgasqualität für die Hausbrandversorgung vorgesehen. Im übrigen wird bei diesem Verfahren geringwertige Ballastkohle verarbeitet werden.

Das Fernleitungsnetz, das schon 1958 von 2000 auf 3000 km Länge erweitert wurde, soll bis 1965 um weitere rund 4300 km Haupt- und Nebenleitungen ergänzt werden, wodurch voraussichtlich eine Reihe älterer und unwirtschaftlich arbeitender Stadtgaswerke stillgelegt werden kann. Weiterhin erhöht sich nach dem Plan durch Inbetriebnahme der neuen Werke der Anteil von Braunkohlengas an der Gesamtversorgung von 38 vH im Jahre 1958 auf 58 vH im Jahre 1965. Da außerdem für einzelne Städte (bisher bekannt Rostock, Stralsund, Chemnitz, Frankfurt/O.) auch die Errichtung moderner Ölspalтанanlagen vorgesehen ist, wird sich daher die Verwendung von Steinkohle in der Gaswirtschaft trotz etwas höheren Anfalls von Gichtgas beim Hochofenprozeß (die Produktion von Roheisen soll um 20 vH erhöht werden) kaum mehr erhöhen.

Auf Grund der als möglich angenommenen Brennstoffeinsparungen bei der Strom- und Gas-erzeugung wird sich, obwohl nur verhältnismäßig wenig mehr Primärenergie bereitgestellt wird, und zwar gegenüber 1958 aus Eigenerzeugung nur + 28 vH und aus Eigenerzeugung und Import zusammengekommen + 34 vH, die Bereitstellung von Endenergie für Inlandsverbrauch und Export um 56 vH erhöhen können.

Hierbei ergeben sich gleichzeitig gewisse Strukturverbesserungen. Der Anteil von Elektroenergie und Gas wird sich von 30,2 vH auf 35,2 vH erhöhen und der von flüssigen Kraftstoffen (nur Treibstoffe ohne Erdölderivate für allgemeine chemische Zwecke) von 4,6 auf 6,2 vH. Entsprechend wird der Anteil an festen Brennstoffen

<sup>1)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 34/1959.

<sup>2)</sup> „Der Kohlenbergbau und die Energiewirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1955 und nach der Planung 1955/60“, Bonn 1957. Dieser Schrift wurden auch andere technische Daten entnommen.

Die mitteldeutsche Energiebereitstellung

	1955	1958	Plan 1965	1958 = 100
	in Mill. t SKE			
Gewinnung von Primärenergie	65,9	70,7	90,5	128
Rohbraunkohle . . . . .	63,0	67,5	87,3	.
Steinkohle . . . . .	2,7	2,9	1) 2,8	.
Elektroenergie aus Wasserkraft . . . . .	0,2	0,3	1) 0,4	.
Einfuhr <sup>2)</sup> von				
Steinkohle . . . . .	6,3	7,4	8,9	.
Steinkohlenkoks . . . . .	2,4	2,2	1) 2,1	.
Erdöl . . . . .	0,9	1,6	7,6	.
Zusammen . . . . .	75,5	81,9	109,1	133
abzüglich				
Selbstverbrauch für Förde- rung, Brikkettierung, Ver- schwelung und Verkokung .	13,4	14,3	18,3	.
Kohleneinsatz und Selbst- verbrauch für Elektroener- gie- und Gaserzeugung . . .	22,2	24,1	28,1	.
zuzüglich				
Erzeugung von Elektroenergie und Gas . .	15,4	18,8	34,3	.
Für Verbrauch verfügbar <sup>3)</sup> .	55,3	62,3	97,0	156

1) Geschätzt. — 2) Ohne die geringfügigen Mengen im Kohlen- und Elektroenergieaustausch. — 3) Einschl. der für Hydrierung und Synthese von flüssigen Treibstoffen benötigten Mengen, ferner auch einschl. der für Export und Interzonenhandel (1955 und 1958 je etwa 3 Mill. t SKE) herausgehenden Mengen.

(einschließlich nicht sehr beträchtlicher Mengen an Heizöl, über deren Umfang bisher keine Angaben vorliegen) von 65,2 vH auf 58,6 vH zurückgehen.

Der Verbrauch für nicht industrielle Zwecke ist für 1958 auf etwa 16 Mrd. SKE geschätzt worden, und nach den Daten zur Produktionsausweitung von Handwerk, Landwirtschaft und Verkehr wird sich der Bedarf dieser Bereiche kaum um mehr als ein Drittel bis um die Hälfte erhöhen. Da auch der Export von Energie kaum stärker steigen dürfte, wird sich also die Energieversorgung der Industrie um 57 bis 65 vH erhöhen können, was gegenüber einer geplanten Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion um 88 vH Brennstoffeinsparungen im Industriebereich zwischen 13 und 17 vH auf je 1000 DM Bruttoproduktionswert bedeuten würde, die durch Verbesserung der Feuerungsanlagen und sonstige Rationalisierung des Energieverbrauchs gedeckt werden müssen<sup>3)</sup>.

Zum Energieverbrauch der Industrie gehört nach den mitteldeutschen Abgrenzungen auch der Gesamtverbrauch für die Mineralölerzeugung aus Kohle und Rohöl, die zwar im Verlaufe des Siebenjahrplans sehr stark ausgebaut werden soll, aber durch den Wechsel der Rohstoffbasis größere Energieeinsparungen bringen wird. Ob die bisher bekanntgegebenen weit gespannten Pläne in vollem Umfange termingemäß durch-

<sup>3)</sup> Zur Senkung des industriellen Energiebedarfs in Westdeutschland siehe Käthe Koch: „Struktur und Rationalisierung des Energieverbrauchs der verarbeitenden Industrie des Bundesgebietes bis 1958“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1959, und dies.: „Zur Entwicklung des Energieverbrauchs in den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien der Bundesrepublik in den Jahren 1950 bis 1959“, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1960.

geführt werden können, mag dahingestellt bleiben. Dies gilt zumindest für den Planansatz für eine eigene Erdölförderung von in der nebenstehenden Tabelle nicht mit aufgeführten mindestens 1 Mill. t Rohöl gegenüber einer bisher überhaupt nicht nennenswerten Förderung. Die Bereitschaft der Sowjetunion, die Importe von 1,13 Mill. t im Jahre 1958 auf 5,3 Mill. t im Jahre 1965 zu erhöhen, ist sicherlich vorhanden, die Lieferungen werden aber auch davon abhängen, daß entsprechende Transport- und Verarbeitungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Über die bis zum Jahre 1963 fertigzustellende Erdölleitung sollen z. B. 4 Mill. t Rohöl aus dem Wolgagebiet angeliefert und in einem ebenfalls neuen Chemiewerk in Schwedt/Oder verarbeitet werden, dessen Durchsatzkapazität in der ersten Ausbaustufe bis 1963 auf 4 Mill. t Rohöl kommen und bis zum Jahre 1968 auf eine Kapazität von 8 Mill. t erweitert werden soll. Die restlichen Lieferungen im Umfange von 1,3 Mill. t sollen vorzugsweise über See geliefert werden, wofür in Wismar eine Umschlagskapazität von 0,3 Mill. t bereits besteht, die für weitere etwa 1 Mill. t in Rostock größtenteils noch zu bauen ist. Die Öllieferungen über See werden vorzugsweise nach Lützkendorf (bisherige Durchsatzkapazität 220 000 t, bis 1964 auf 950 000 t auszubauen) und in neue Veredelungsanlagen gehen, von denen eine größeren Umfanges neben den alten Hydrierwerken in Leuna gebaut wird.

Das importierte Rohöl ist nur zum Teil für die Treibstoffversorgung bestimmt, die von 2,03 Mill. t im Jahre 1958 auf 4,2 Mill. t im Jahre 1965 erhöht werden soll. Diese Produktionsausweitung wird mit Sicherheit ausschließlich auf Erdölbasis erfolgen; entsprechend wird der Anteil der Erzeugung auf Braunkohlenbasis, der 1958 noch etwa 70 vH betrug, schon deshalb erheblich zurückgehen. Die durch die Gewichtsverlagerung erzielbare Brennstoffeinsparung wird — ohne eine mögliche Einschränkung der Erzeugung in den Synthese- und Hydrierwerken — bereits 15 bis 20 vH der im Industriebereich erforderlichen Energieeinsparungen decken können. Weitere nicht unbedeutende Energieeinsparungen werden im Bereich der Chemischen Industrie erwartet, wo infolge der verhältnismäßig niedrigen Produktionsziele der Verbrauchsanteil der stromfressenden Erzeugung von Aluminium, Kalziumkarbid, Ätznatron und Stickstoff-erzeugnissen bis 1965 von 23 vH auf 19 vH des industriellen Stromverbrauchs zurückgehen soll<sup>4)</sup>.

Wenn nach diesen Ausführungen die im Siebenjahrplan umschriebene Entwicklung der Energiewirtschaft gut mit den übrigen Plänen übereinzustimmen scheint, so darf nicht übersehen werden, daß sich die Analyse ausschließlich auf Plandaten aufbaut und die Verwirklichung auch voraussetzt, daß alle Planteile voll erfüllt werden. Tatsächlich wurden schon im Jahre 1959 die Pläne im Kohlenbergbau und bei der Stromversorgung, aber auch bei den industriellen Investitionen, nicht voll erreicht und gerade in letzter Zeit häufen sich die Kritiken über unzureichende Leistungen im für die Investitionen ausschlaggebenden Maschinenbau.

<sup>4)</sup> Siehe „Einheit“ 1960, Heft 3.

## Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Sommer 1960

Nach dem gegenüber früheren Jahren wesentlich verminderten saisonalen Beschäftigungsrückgang im Winter 1959/60 war die Zunahme der Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik im zweiten Vierteljahr 1960 ebenso wie im ersten Quartal erheblich geringer als zur entsprechenden Zeit 1959. Die Beschäftigung im Bundesgebiet (einschließlich Saarland, ohne West-Berlin) stieg nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von Ende März bis Ende Juni 1960 um 239 000 Personen (144 000 Männer und 95 000 Frauen), so daß sich auf Grund von Berechnungen des DIW für Mitte 1960 eine Zahl von 19,5 Millionen Beschäftigten<sup>1)</sup> (12,9 Mill. Männer und 6,6 Mill. Frauen) ergibt, die um 1,7 vH über dem Stand des Vorjahres liegt. Weitaus der größte Teil der Zunahme entfiel auf den Bereich der Industrie, deren Beschäftigtenzahl sich (nach der Industrieberichterstattung) gegenüber dem Vorjahr um 4 vH erhöht hat.

Die im zweiten Quartal zusätzlich beschäftigten Personen wurden zu etwa gleichen Teilen aus dem Neuzugang von Arbeitskräften (117 000) und aus der Wiedereingliederung vorheriger Arbeitsloser (122 000) gewonnen. Ende Juli dieses Jahres wurden nur noch 119 000 Arbeitslose gezählt (davon 70 000 Männer); der Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der Arbeitnehmer beträgt damit nur noch 0,6 vH.

Die konjunkturelle Entwicklung hätte sicherlich, insbesondere im Bereich der Industrie, eine noch größere Beschäftigungszunahme ermöglicht, denn der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, war Ende Juli mit 524 000 mehr als viermal so groß wie die Zahl der Arbeitslosen.

Es kennzeichnet die Situation des westdeutschen Arbeitsmarktes, wenn die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an die Spitze ihrer monatlichen Berichte seit einigen Monaten nicht mehr die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, sondern die des Stellenangebots stellt: Nicht mehr die Unterbringung der noch vorhandenen Arbeitslosen, sondern die Befriedigung des von den Betrieben gemeldeten Bedarfs an Arbeitskräften bildet das Hauptproblem der Arbeitsmarktpolitik.

Wenn auch im gesamten Bundesgebiet schon vor einem Jahr mehr offene Stellen als Arbeitslose vorhanden waren, so übertraf Ende Juli 1959 doch noch in drei Bundesländern (Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen) die Zahl der Arbeitslosen die der freien Arbeitsplätze. Heute gilt dies nur noch für Schleswig-Holstein. In der Mehrzahl der Bundesländer kamen Ende Juli 1960 auf einen Arbeitslosen zwei bis sieben offene Stellen, in Baden-Württemberg waren es sogar zwanzig.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung der restlichen Arbeitslosigkeit und der des Kräftebedarfs bestehen noch immer erhebliche Unterschiede: So entfielen z. B. Ende Juli 1960 auf das Land Schleswig-Holstein 10 vH der Arbeitslosen, aber nur 2 vH der offenen Stellen, auf Baden-Württemberg dagegen 4 vH der Arbeitslosen, aber 21 vH der offenen Stellen. Unter diesen Umständen ist der regionale Arbeitskräfteausgleich nach wie vor von besonderer Bedeutung. Im zweiten Vierteljahr 1960 wurden monatlich durchschnittlich 23 600 Personen in Beschäftigungsverhältnisse außerhalb ihres jeweiligen Wohnbezirks vermittelt, d. h. annähernd ebensoviel wie zur entsprechenden Zeit 1959 (25 500, ohne Saarland), obgleich die Gesamtzahl

<sup>1)</sup> Arbeiter, Angestellte und Beamte einschließlich Heimarbeiter und Soldaten.

Die regionale Verteilung von Angebot und Nachfrage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auf 100 Arbeitslose kamen . . . offene Stellen	
	Ende Juli 1960				Ende Juli	
	in 1000	in vH	in 1000	in vH	1959	1960
Schleswig-Holst.	11,7	9,8	10,8	2,1	37	93
Hamburg . . . .	4,5	8,7	23,4	4,5	250	524
Niedersachsen . .	19,4	16,3	49,6	9,4	92	255
Bremen . . . . .	3,4	2,9	5,7	1,1	62	166
Nordrhein-Westf.	36,4	30,5	163,4	31,2	155	448
Hessen . . . . .	6,8	5,7	46,9	8,9	196	686
Rheinland-Pfalz .	5,3	4,5	22,4	4,3	161	420
Baden-Württemb.	5,4	4,5	107,6	20,5	876	2009
Bayern . . . . .	24,2	20,3	88,7	16,9	116	367
Saarland . . . . .	2,2	1,8	5,7	1,1	122	264
Bundesgebiet . . (o. West-Berlin)	119,4	100,0	524,3	100,0	158	439

der Arbeitslosen sich inzwischen um etwa die Hälfte vermindert hat.

Freilich handelt es sich bei den Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter — im zweiten Vierteljahr 1960 insgesamt über 900 000 — nur zum geringen Teil um Personen, die vorher längere Zeit arbeitslos waren. Der weitaus größte Teil der Vermittelten stammt aus der Fluktuation, denn die Zahl der Neu-Anmeldungen von Arbeitsuchenden betrug in den Monaten April, Mai und Juni zusammen 730 000.

Die weitere Eingliederung der noch vorhandenen Arbeitslosen wird dadurch erschwert, daß nicht nur ihre regionale, sondern auch ihre berufliche Verteilung von der Struktur des Kräftebedarfs abweicht, die sich in der Verteilung der offenen Stellen auf die verschiedenen Berufsgruppen widerspiegelt. Ende Juni 1960 waren 45 vH der insgesamt 134 000 Arbeitslosen Angehörige der Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsberufe, auf die 27 vH der 504 000 offenen Stellen entfielen. Bei den industriellen Berufen (einschließlich der Bauberufe) stand dagegen einem Anteil von 51 vH an der Zahl der Arbeitslosen der größte Teil der offenen Stellen, nämlich über 70 vH, gegenüber. Während es aber in einigen Dienstleistungsberufen Ende Juni noch mehr Arbeitslose als offene Stellen gab, macht bei den industriellen Berufen die Zahl der freien Arbeitsplätze ein Vielfaches (bei den Bauberufen, den Metallarbeitern und Elektrikern Ende Juni z. B. das Neun- bis Elfache) der entsprechenden Arbeitslosenzahl aus.

Die verstärkte Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte — bis Ende Juli sind in diesem Jahr bereits 64 000 Italiener durch amtliche Vermittlung in die Bundesrepublik gekommen — trägt zwar zur Überwindung des Arbeitskraftengpasses bei. Die obigen Relationen weisen jedoch auf die Grenzen der hierin liegenden Möglichkeiten hin, denn bei den am meisten nachgefragten Arbeitskräften handelt es sich vor allem um Facharbeiter derjenigen Berufe, die auch in den Abgabeländern im Zuge der weiteren Expansion der eigenen Wirtschaft am leichtesten Beschäftigung finden. Da aus dem Ausland eher Hilfsarbeiter als Fachkräfte zu gewinnen sind, kommt der Anlernung und beruflichen Fortbildung der einheimischen ungelerten Arbeitskräfte, wie sie in den Betrieben bereits vielfach durchgeführt wird, erhöhte Bedeutung zu.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.  
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand *)	Einheit †)	1959										1960					
		April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	
<b>Anzahl der Werktag:</b>		26	22,2	25	27	25,9	26	27	24,1	25	24,7	25	27	24	25	23,2	
<b>Kredite an Nichtbanken<sup>1)</sup></b>																	
Zentralbankensystem . . . . .	Mill. DM	E	975	1312	1626	1549	1611	1447	1418	1458	1748	1425	1819	1627	1469	1531	
Kreditbanken . . . . .	"	"	33314,6	34138,8	34702,2	35187,6	35738,4	36647,6	36769,2	36980,1	38479,9	38644,7	39110,9	39428,3	39467,2	39708,7	
an Wirtschaft u. Private . . . . .	"	"	27109,1	27582,4	28063,0	28383,5	28744,3	29437,5	29347,4	29520,7	31007,1	30799,8	31226,3	31630,8	31699,6	31860,5	
kurzfristige Kredite . . . . .	"	"	70,0	69,3	69,4	68,3	68,2	68,4	67,9	68,2	67,7	68,2	67,9	68,1	68,1	67,6	
dar. Wechselkredite . . . . .	"	"	33,5	33,0	32,9	32,8	32,4	32,1	32,1	31,4	33,7	32,2	32,0	31,7	31,0	30,8	
mittelfristige Kredite . . . . .	"	"	9,6	10,4	10,7	11,7	11,9	11,9	11,9	12,0	12,0	12,0	12,0	12,1	12,4	11,4	
langfristige Kredite . . . . .	"	"	20,4	20,3	19,9	20,0	19,9	19,7	20,2	20,3	19,8	20,1	19,9	19,8	20,0	20,1	
an öff.-rechtl. Körpersch. . . . .	Mill. DM	"	1121,6	1163,6	1230,1	1253,2	1292,3	1334,1	1316,2	1333,6	1420,6	1422,4	1424,8	1469,9	1494,4	1514,7	
Wertpap. u. Konsortialbet. . . . .	"	"	5083,9	5392,8	5409,1	5550,9	5701,8	5876,0	6105,6	6125,8	6052,2	6422,5	6459,8	6320,4	6273,2	6333,5	
<b>Übrige Kreditinstitute<sup>2)</sup></b>																	
an Wirtschaft u. Private . . . . .	"	"	86620,6	87927,9	89015,7	90775,3	92019,0	93765,2	95257,2	96760,9	99858,2	101109,6	102901,1	103309,0	104604,8	105750,2	
kurzfristige Kredite . . . . .	"	"	61745,2	62556,6	63233,0	64057,7	65044,4	66141,9	67221,8	68368,6	70874,3	71554,4	72417,6	73228,0	74222,7	75240,9	
dar. Wechselkredite . . . . .	"	"	21,4	21,3	21,2	20,8	20,5	20,4	20,4	20,3	20,3	20,3	20,4	20,7	20,7	20,6	
mittelfristige Kredite . . . . .	"	"	8,2	8,3	8,2	7,9	7,8	7,8	7,7	7,5	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,0	
langfristige Kredite . . . . .	"	"	7,5	7,6	8,0	8,0	8,2	8,2	8,1	8,2	8,4	8,4	8,3	8,2	8,4	8,3	
an öff.-rechtl. Körpersch. . . . .	Mill. DM	"	71,1	71,1	70,8	71,2	71,3	71,3	71,5	71,5	71,8	71,3	71,3	71,1	70,9	71,1	
Wertpap. u. Konsortialbet. . . . .	"	"	14358,5	14538,3	14817,9	15413,3	15414,8	15903,9	16196,2	16350,0	16691,0	17024,3	17268,5	17452,1	17747,1	17982,8	
	"	"	10516,9	10833,0	10964,8	11304,3	11559,8	11719,4	11839,2	12042,3	12292,9	12530,9	12615,0	12628,9	12635,0	12576,5	
<b>Bargeldumlauf u. Bank-einlagen<sup>3)</sup></b>																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute . . . . .	Mill. DM	E	18515	18447	18433	18967	18917	18987	19078	19408	19344	18958	19220	19465	19797	19695	
Sicht-u. Termineinlagen, ges. von Wirtschaft und Priv. . . . .	"	"	43259	45188	44800	44802	45737	46202	46448	47610	49626	49250	49832	49614	49434	50967	
Sichteinlagen . . . . .	"	"	32664	33215	33107	33702	34114	34158	35186	35223	36598	35737	35906	35867	36612	37325	
Termineinlagen . . . . .	"	"	68,3	68,6	70,1	70,0	69,9	69,9	69,6	69,8	70,4	68,1	67,8	68,1	68,4	69,2	
von deutschen öff. Stellen . . . . .	Mill. DM	"	31,7	31,4	29,9	30,0	30,1	30,1	30,4	30,2	29,6	31,9	32,2	31,9	32,2	31,6	
Sichteinl. b. Kreditinst. } außerh. d. Zentralbkyst. } . . . . .	"	"	10595	11973	11693	11100	11623	12044	11262	12387	13028	13513	13926	13747	12822	13642	
Sichteinlag beim ZBS . . . . .	"	"	26,2	24,5	24,2	23,1	24,7	23,9	24,0	24,8	25,5	22,2	23,0	23,3	23,6	23,1	
Termineinlagen . . . . .	"	"	10,1	17,1	16,4	13,0	11,7	15,8	11,6	14,3	14,1	18,2	17,1	19,0	15,0	17,4	
ERP-Sondervermögen . . . . .	Mill. DM	"	63,7	58,4	59,4	63,9	63,6	60,3	64,4	60,9	60,4	59,6	59,9	57,7	61,4	59,5	
Spareinlagen <sup>4)</sup> . . . . .	"	"	620	582	780	851	806	767	517	389	200	610	550	569	380	341	
	"	"	38946	39418	39941	40420	41024	41607	42398	42820	44940	45720	46516	47058	47562	48062	
<b>Deutsche Bundesbank<sup>5)</sup></b>																	
Gold und Devisen, gesamt . . . . .	Mill. DM	E	22825,1	23274,3	23171,5	23144,7	22644,5	22346,9	22620,9	23442,6	24129,4	23475,3	23782,3	24554,6	25497,9	26228,2	
Gold . . . . .	"	"	1126,0	1149,8	1123,9	11305,1	11303,8	10871,5	10904,8	10934,0	10935,3	10997,0	11069,8	11197,3	11365,3		
Guthaben bei ausl. Banken . . . . .	"	"	11568,5	12006,9	11822,7	11689,3	11204,1	11326,0	11586,2	12413,9	13065,4	12410,2	12654,7	13324,3	14163,5		
Sorten, Wechsel, Schecks . . . . .	"	"	130,6	117,6	115,9	150,3	136,6	149,4	129,9	123,9	130,0	129,8	130,6	160,5	137,1		
<b>Wertpapiermarkt</b>																	
Absatz an festverz. Schuldverschreibungen u. Aktien <sup>6)</sup>	Mill. DM	S	1330,3	1123,4	556,9	1262,0	801,6	551,9	624,1	864,2	839,9	1106,7	466,8	556,0	542,9		
Pfandbriefe . . . . .	"	"	16,2	14,7	42,1	26,0	27,1	38,2	30,7	28,3	35,5	20,8	43,7	34,5	34,6		
Kommunalobligationen . . . . .	"	"	18,5	19,6	33,4	16,1	18,2	20,5	14,1	18,2	19,7	8,6	23,1	9,9	16,8		
Öffentliche Anleihen . . . . .	"	"	33,3	34,8	0,3	19,2	26,2	1,9	29,5	38,4	10,5	46,5	11,4	0,7			
Industrieobligationen . . . . .	"	"	9,0	22,8	9,0	0,2	15,6	—	—	5,8	3,7	2,2	—	0,7			
Aktien . . . . .	"	"	2,6	0,9	12,0	27,9	11,6	19,5	25,0	2,1	16,8	21,9	21,8	54,2	43,4		
Kursdurchschnitt <sup>7)</sup>																	
Aktien <sup>7)</sup> . . . . .	31.12.53=100	D	333,5	356,7	395,4	451,4	508,2	481,2	458,2	482,9	504,2	522,3	527,2	518,4	536,2		
4%ige Wertpapiere . . . . .	"	"	105,23	105,05	104,02	105,77	105,77	105,64	104,79	104,29	104,14	103,53	103,20	103,17			
5%ige Pfandbriefe . . . . .	"	"	112,18	112,41	112,47	112,82	113,93	113,72	112,87	112,28	112,07	111,50	111,18	111,29			
5%ige Kommunoblig. . . . .	"	"	111,49	111,78	111,91	112,11	112,87	113,13	112,67	112,19	112,10	111,63	111,09	111,08			
5 1/2%ige Pfandbriefe . . . . .	"	"	113,18	113,29	113,40	113,81	115,01	115,05	114,09	113,48	113,38	113,05	112,62	112,74			
8%ige Industrieoblig. . . . .	"	"	104,30	104,37	104,27	104,31	104,43	103,89	103,87	103,80	103,11	103,20	103,07	103,37			
<b>Finanzen</b>																	
Kassenmäßig. Einn.a.Steuern d. Bundes u. d. Länder <sup>8)</sup>	Mill. DM	S	3169,6	3627,0	5125,0	3452,4	3844,2	5402,7	3617,6	3980,5	6044,5	4182,0	3545,6	5507,2	3603,8		
Besitz-u. Verkehrsteuern <sup>9)</sup>	"	"	1139,2	1278,5	3064,2	1272,1	1412,2	3264,1	1284,2	1388,7	3823,3	1645,9	1299,8	3429,2	1286,5		
Lohnsteuer . . . . .	"	"	349,0	451,8	444,5	522,8	533,8	540,6	604,9	578,2	638,4	791,0	507,4	394,8			
Veranl. Einkommenst. . . . .	"	"	229,9	173,5	1201,2	256,3	230,6	1398,6	283,3	272,1	1603,9	322,1	196,3	1451,0			
Körperschaftsteuer . . . . .	"	"	176,1	106,3	959,3	8,3	87,1	1016,1	66,5	51,8	1224,8	156,1	70,9	1217,2			
Umsatzsteuer . . . . .	"	"	1119,0	1140,1	1108,3	1205,3	1211,4	1170,2	1293,3	1303,1	1258,7	1550,6	1784,2	1136,7			
Zölle und Verbrauchst. . . . .	"	"	789,1	814,9	887,7	875,5	853,8	913,9	927,2	882,4	892,3	899,9	1087,7	868,8			
Lastenausgleichsabgab. <sup>11)</sup>	"	"	122,3	393,5	64,8	99,5	366,8	54,5	112,9	406,3	70,2	85,6	382,6	72,5			
<b>Außenhandel<sup>12)</sup></b>																	
Einfuhr, insgesamt . . . . .	Mill. DM	S	2971	2919	2877	3011	2994	3091	3257	3120	3866	3108	3267	3628	3432		
Ausfuhr, insgesamt . . . . .	"	"	3305	3386	3369	3379	3353	3576	3825	3800	4282	3388	3663	4369	3742		
Saldo <sup>13)</sup> . . . . .	"	"	+ 334	+ 467	+ 492	+ 368	+ 359	+ 485	+ 568	+ 680	+ 416	+ 280	+ 396	+ 310			
Einfuhrvolumen <sup>14)</sup> . . . . .	"	"	3221	3187	3139	3281	3258	3367	3551	3412	4215	3379	3527	3960	3734		
Ausfuhrvolumen <sup>14)</sup> . . . . .	"	"	3208	3292	3279	3300	3284	3515	3761	3744	4173	3305	3592	3256	3812		
Terms of Trade <sup>15)</sup> . . . . .	1954=100	D	112,0	112,0	112,0	110,9	110,9	110,9	110,9	112,1	112,0	112,0	109,7	112,0			
<b>Einfuhr:</b>																	
Güter d. Ernähr.-wirtschaft . . . . .	Mill. DM	S	850	881	835	843	882	895	942	972	1204	918	936	992	931		
Rohstoffe . . . . .	"	"	622	643	647	709	674	649	676	610	790	748	769	795	713		